

Arbeitsrecht:	
Breite Mehrheit für Kündigungsschutz	2
Arbeitszeitkonten:	
Weiter Lücken beim Insolvenzschutz	3
Staatsfinanzen: Öffentliche Haushalte – weniger Einnahmen, weniger Investitionen	4
Mindestlöhne: Lohnuntergrenzen in Europa steigen	6
Geringverdiener: Real weniger in der Tasche	6
Tarifsystem: Strategien der Klein-Gewerkschaften	7
TrendTableau	8

ARBEITSMARKT

Frankreich: Mehr Jobs geschaffen

Seit Beginn der Währungsunion ist Frankreichs Wirtschaft stärker gewachsen als die deutsche. Auch haben mehr Menschen einen Arbeitsplatz gefunden – und das bei einer stabilen Lohnentwicklung und ohne drastische Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme.

Mehr Wachstum, mehr Beschäftigung, weniger Arbeitslosigkeit: Die französische Bilanz kann sich sehen lassen. Forscher des IMK haben die Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands und Frankreichs analysiert.* Ihr Ergebnis: Die Wirtschaftspolitik ist der entscheidende Vorteil der Franzosen. Ein gesetzlicher Mindestlohn und eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, flankiert durch Kombilöhne, sorgten für eine kräftigere Binnennachfrage und eine gleichmäßigere Verteilung der Einkommen.

Seit Beginn der Währungsunion haben die beiden Nachbarländer völlig unterschiedliche Wege beschritten, zeigt die Untersuchung. Frankreich legte großen Wert auf den Erhalt der binnenwirtschaftlichen Dynamik. Für die deutsche Wirtschaftspolitik war die internationale Wettbewerbsfähigkeit immer wichtiger. Der Preis: niedrigere Lohnzuwächse und eine erheblich schwächere Binnennachfrage. Seit Jahren bleiben die von vielen Wissenschaftlern erhofften Wachstumsimpulse des privaten Konsums aus.

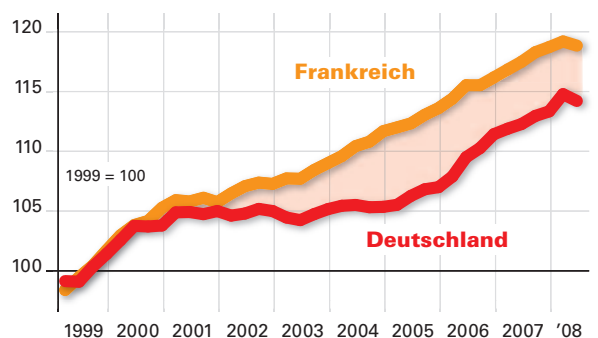
Der Blick in die Zukunft stimme allerdings für beide Länder skeptisch, warnen die Ökonomen. Denn in Frankreich sind die positiven Effekte der Arbeitszeitverkürzung ausgefallen. Auch haben die flankierenden Kombilöhne das Budget sehr belastet. Außenwirtschaftlich leide Frankreich immer mehr unter der sich immer noch ständig verbessernden Wettbewerbsfähigkeit des östlichen Nachbarn.

In Deutschland sei die sehr gute Exportkonjunktur nur wegen des fortgesetzten Lohndrucks nach unten möglich. Dies habe aber politische und gesellschaftliche Probleme mit sich gebracht, die auf Dauer eine Kursänderung erzwingen würden, so das IMK. Auch geraten die Außenhandelsbilanzen der übrigen Euroländer zunehmend unter Druck.

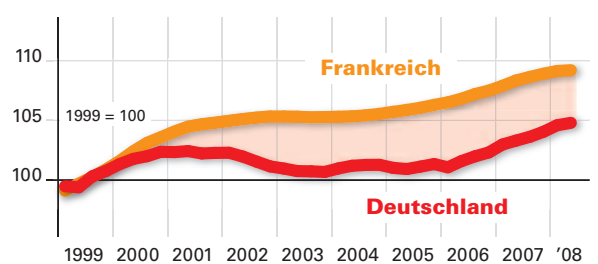
Angesichts der sich abzeichnenden Abschwächung der Weltwirtschaft könnte Deutschland seinen einzigen Wachstumsmotor verlieren. Eine stärkere Förderung der Binnenwirtschaft erscheine daher umso dringender – und Frankreichs Wirtschaftspolitik als mögliches Vorbild umso attraktiver. ◀

Frankreich hat besser gewirtschaftet

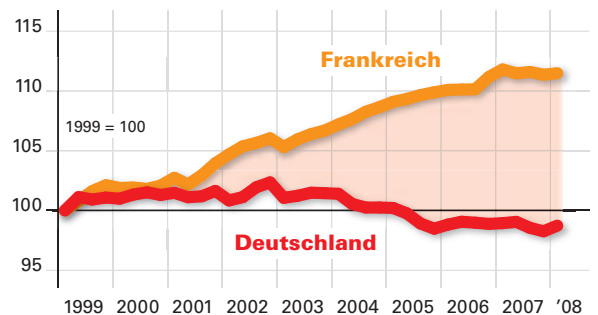
Das reale Bruttoinlandsprodukt entwickelte sich in ...



Die Zahl der Erwerbstätigen entwickelte sich in ...



Real* entwickelten sich die Bruttolöhne pro Kopf in ...



* inflationsbereinigt mit privatem Konsumdeflator
Quelle: Eurostat, Berechnungen des IMK 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

* Quelle: Gustav A. Horn, Heike Joeßges, Camille Logeay, Simon Sturn:
Frankreich: Ein Vorbild für Deutschland? – Ein Vergleich wirtschaftspolitischer Strategien mit und ohne Mindestlohn, IMK Report Nr. 31 Sept. 2008
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Breite Mehrheit für Kündigungsschutz

Die große Mehrheit der Arbeitnehmer hält den Kündigungsschutz für unverzichtbar:

55 Prozent möchten die bestehenden Regelungen behalten, 27 Prozent wollen sie stärken.

Arbeitslose plädieren sogar zu einem guten Drittel für einen Ausbau des Kündigungsschutzes.

„Sollte man den gesetzlichen Kündigungsschutz weiter ausbauen, unverändert beibehalten, eher einschränken oder ganz abschaffen?“ Das fragten die Meinungsforscher von polis+sinus im April und Mai dieses Jahres mehr als 2.000 repräsentativ ausgewählte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Untersuchung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung zeigt: Die meisten Beschäftigten sind dagegen, die geltenden Schutzbestimmungen im Arbeitsrecht einzuschränken. Über alle Berufsgruppen hinweg sind die Befürworter des Kündigungsschutzes in der Mehrheit. Bei den angelernten Arbeitern sprechen sich 46 Prozent sogar für eine weitere Stärkung aus. Unter den höheren Angestellten und Beamten ist der Anteil derer, die Einschränkungen befürworten, zwar am größten. Doch auch hier sind 70 Prozent der Meinung, man solle den aktuellen Kündigungsschutz beibehalten oder noch ausbauen.

Besonders interessant sind bei Umfragen zum Kündigungsschutz die Antworten Arbeitsloser. Denn würden die Schutzrechte geschwächt, könnte ein bereits entlassener Arbeitnehmer, der die öffentliche Diskussion verfolgt, zwei gegenläufige Effekte erwarten: Er könnte darauf hoffen, dass die Fluktuation am Arbeitsmarkt zunimmt und Unternehmen eher neue Leute einstellen würden, wie es Kritiker des Kündigungsschutzes behaupten. Gleichzeitig müsste er damit rechnen, dass sein neues Arbeitsverhältnis weniger lange dauert.

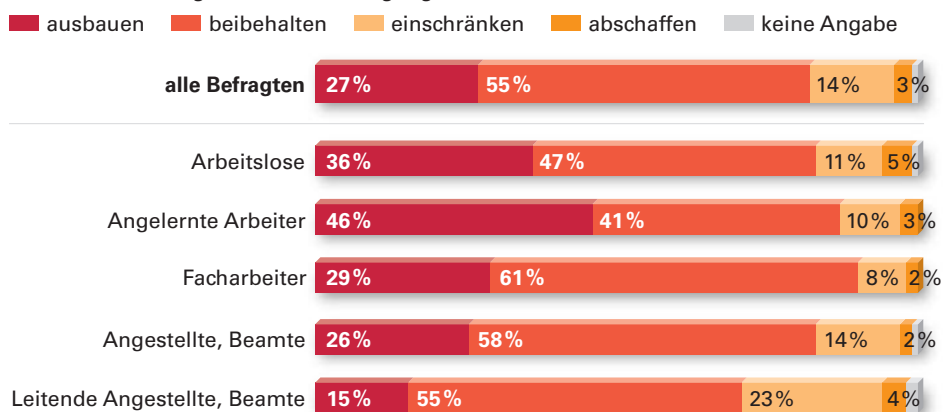
Die große Mehrheit der befragten Arbeitslosen bevorzugt einen starken Kündigungsschutz. 36 Prozent plädieren dafür, die Schutzrechte auszubauen, 47 Prozent wollen sie unverändert beibehalten. Nur 16 Prozent sind für eine Einschränkung oder Abschaffung. Zu ähnlichen Werten kamen Wissenschaftler der Universitäten Hannover und Jena bei einer von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Befragung im

Sommer 2004. Der Hannoveraner Forscher Christian Pfeifer interpretierte den Befund damals so: Er spreche dafür, „dass Arbeitslose aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen den Schutz vor Kündigungen als notwendig erachten und ihn weniger hinderlich bei der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz empfinden“.

Diese Sicht passt zur jüngsten Arbeitsmarktentwicklung. Im konjunkturellen Aufschwung sank die Arbeitslosigkeit, ohne dass am Kündigungsschutz etwas geändert worden wäre. Und sie deckt sich mit Daten, die das WSI und Wissen-

Die meisten sind für starken Schutz

Den bestehenden gesetzlichen Kündigungsschutz wollen...



Repräsentative Umfrage unter 2.005 Personen im Alter von 16 bis 65 Jahren, April-Mai 2008; Angaben gerundet
Quelle: polis+sinus 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

schaftler der Uni Hamburg in Befragungen von insgesamt 2.800 Personalverantwortlichen gewonnen haben: Entscheidend für Einstellungen ist die wirtschaftliche Lage des Unternehmens, der Kündigungsschutz spielt für die meisten Personalverantwortlichen eine untergeordnete Rolle. ◀

* Quellen: polis+sinus: Repräsentativbefragung für die Hans-Böckler-Stiftung 2008; Olaf Struck, Christian Pfeifer u.a.: Arbeit und Gerechtigkeit, VS-Verlag Wiesbaden 2006; Florian Schramm, Ulrich Zachert: Arbeitsrecht in der betrieblichen Anwendung, Mythen und Realität, München und Mering 2008; Heide Pfarr u.a.: Der Kündigungsschutz zwischen Wahrnehmung und Wirklichkeit, München und Mering 2005
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Kurz gemeldet

► **SOZIALSTAAT:** Die Deutschen erwarten mehr soziale Sicherheit vom Staat. Das ist ein Ergebnis der Zukunftsstudie „Deutschland 2030“ der BAT Stiftung. Demnach be-

trachtet weit über die Hälfte der Bevölkerung die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (87 Prozent), mehr Ausbildungsplätze (75 Prozent), Maßnahmen gegen den Preisanstieg

(71 Prozent) sowie die Sicherung von Rentenniveau (67 Prozent) und Gesundheitsvorsorge (67 Prozent) als vordringliche politische Aufgaben. Soziale und ökonomische

Fragen stehen für viele Bürger heute im Mittelpunkt, während Themen wie der Umweltschutz laut der Studie in den Hintergrund gerückt sind.

BAT Stiftung, August 2008

Download unter www.boecklerimpuls.de

Weiter Lücken beim Insolvenzschutz

Langzeitkonten können Beschäftigten einen freieren Umgang mit der Arbeitszeit ermöglichen. Doch im Insolvenzfall sind die Zeitguthaben zum Teil unzureichend abgesichert.

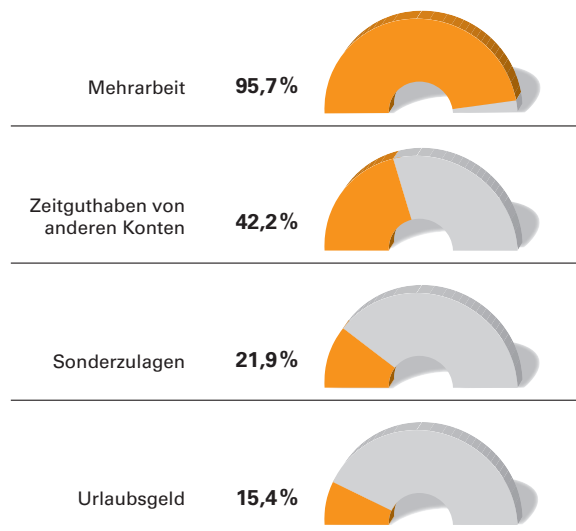
Arbeitszeitkonten sind in der Bundesrepublik weit verbreitet. In 72 Prozent aller Betriebe mit Betriebsrat werden sie eingesetzt, um eine flexible Verteilung der Arbeitsstunden zu organisieren. Überwiegend handelt es sich dabei um Kurzzeitkonten, wie die aktuelle Betriebsrätebefragung des WSI belegt. Jeder zehnte Betrieb mit Betriebsrat hat jedoch auch Langzeitkonten, bei denen das Guthaben nicht innerhalb eines Jahres wieder ausgeglichen werden muss. Das erlaubt den Beschäftigten, Zeit anzusparen für längere Auszeiten – für ein Sabbatical, umfangreiche Weiterbildungen oder den vorzeitigen Ausstieg aus dem Erwerbsleben. Das Guthaben speist sich aus Mehrarbeit und Übertragungen von Kurzzeitkonten, außerdem können auch monetäre Beiträge wie Sonderzulagen oder Urlaubsgeld in Zeitguthaben umgerechnet werden. Bei 59 Prozent der Betriebe sind die Ansparmöglichkeiten der Langzeitkonten begrenzt. Es ist genau festgelegt, wie viele Stunden im Jahr maximal gutgeschrieben werden können.

Im Idealfall erhöhen die Konten die Zeitsouveränität der Beschäftigten. Hartmut Seifert, Leiter des WSI, weist jedoch auch auf Probleme hin.* Das gelinge nur, wenn die Beschäftigten selbst bestimmen können, wann sie mehr arbeiten und wann sie pausieren. Und auch der Anreiz vorzuarbeiten hat eine Kehrseite: „Um Zeitguthaben bilden zu können, muss zunächst länger gearbeitet werden – was höhere Belastungen bedeutet“, sagt Seifert. Werden gleichzeitig Schicht- oder Nachtarbeit geleistet, steige das Risiko gesundheitlicher Beeinträchtigungen. Frauen dürften angesichts der häufigen Doppelbelastung durch Beruf und Familie von Langzeitkonten nur wenig profitieren. Ihnen fehlt in aller Regel die Zeit, um Guthaben zu bilden.

Der überwiegende Teil der Langzeitkonten ist im Insolvenzfall sicher. In einem Viertel der Betriebe müssen die Beschäftigten jedoch fürchten, dass die angesparten Guthaben verloren gehen, warnt Seifert. Dabei könne es sich um erheb-

Mehrarbeit auf der hohen Kante

Womit werden Langzeitkonten gefüllt?



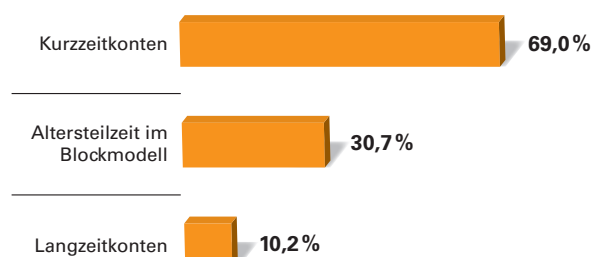
Mehrfachnennungen; repräsentativ für Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten und Betriebsrat
Quelle: WSI-Betriebsrätebefragung 2007 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

liche Beträge handeln. Die Bundesregierung wolle Arbeitszeitkonten zwar besser schützen, fällt aber letztlich hinter den Status quo zurück. Ihr Plan erfasst nur langfristig angelegte Kontenmodelle und schließt alle Guthaben aus, die vorrangig schwankenden Arbeitsbedarf ausgleichen sollen, erklärt der Arbeitsmarktexperte. Dabei müssten Staat und Sozialversicherungsträger schon aus Eigeninteresse auf einer obligatorischen Insolvenzversicherung bestehen. Schließlich werden auf den Konten die Bruttoeinkommen einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen verbucht. Außerdem profitieren die öffentlichen Kassen, wenn Zeitkonten einen schwankenden Arbeitsbedarf ausgleichen und damit Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit verhindern. ◀

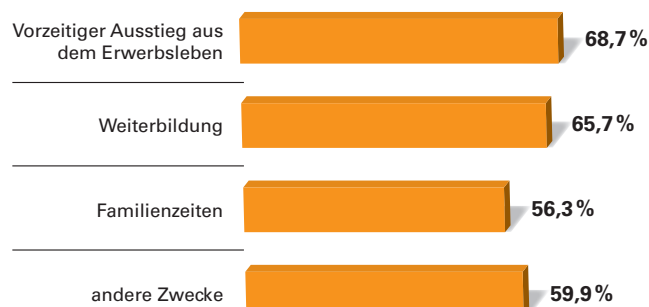
* Hartmut Seifert ist Arbeitsmarktexperte und leitet das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung
Download unter www.boecklerimpuls.de

Arbeitszeit: Unterschiedlich angespart, unterschiedlich verwendet

Welche Arbeitszeitkonten bieten Betriebe an?



Wozu können die Beschäftigten sie nutzen?



Mehrfachnennungen; repräsentativ für Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten und Betriebsrat
Quelle: WSI-Betriebsrätebefragung 2007 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

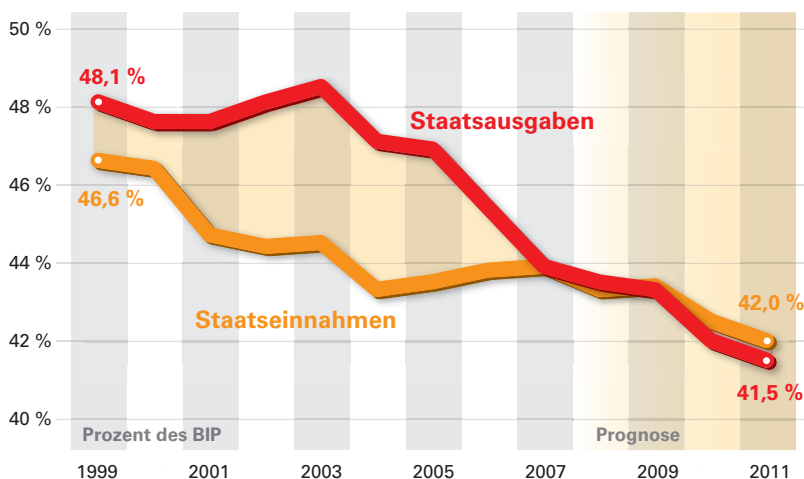
Öffentliche Haushalte: Weniger Einnahmen, weniger Investitionen

Niedrigere Steuern, schlanker Staat – die Forderungen sind populär. Dabei hat der deutsche Staat im vergangenen Jahrzehnt bereits tiefe Einschnitte in seine Finanzen erlebt, zeigt der Wirtschaftsweiser Peter Bofinger.* Eine Folge: zu wenig Investitionen.

Die Schlankheitskur ist beispiellos – sowohl im historischen als auch im internationalen Vergleich. Zwischen 1999 und 2008 ging die Staatsquote in der Bundesrepublik von 48 Prozent auf 43,5 Prozent zurück. Ebenfalls deutlich gesunken ist in der letzten Dekade die öffentliche Einnahmequote – trotz Mehrwertsteuererhöhung auch während der vergangenen beiden Jahre. Dazu haben vor allem die umfangreichen Steuersenkungen ab dem Jahr 2000 geführt. Die finanzielle Ausstattung des deutschen Staates entwickelte sich im internationalen Vergleich weg vom „kontinental-europäischen und skandinavischen Modell“ hin zu einer Ländergruppe, „zu der neben angelsächsischen und osteuropäischen Ländern auch Schwellenländer wie die Türkei oder Korea zählen“. Das schreibt der Würzburger Wirtschaftsprofessor Peter Bofinger, der dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung angehört. Er warnt: „Schon jetzt ist zu erkennen, dass sich die Entstaatlichung zulasten der Zukunftsinvestitionen in den Bereichen Bildung und Infrastruktur auswirkt“, beispielsweise bei den Verkehrswegen. Die geplante Föderalismusreform II dürfte die Erosion noch verschärfen, prognostiziert der Wirtschaftsexperte.

Schrumpfkur für den Staat

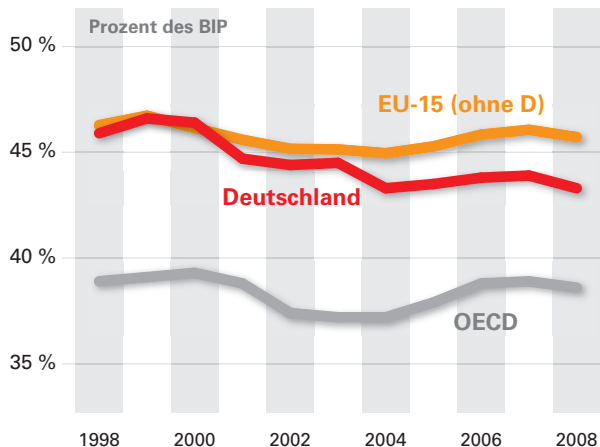
Entwicklung der...



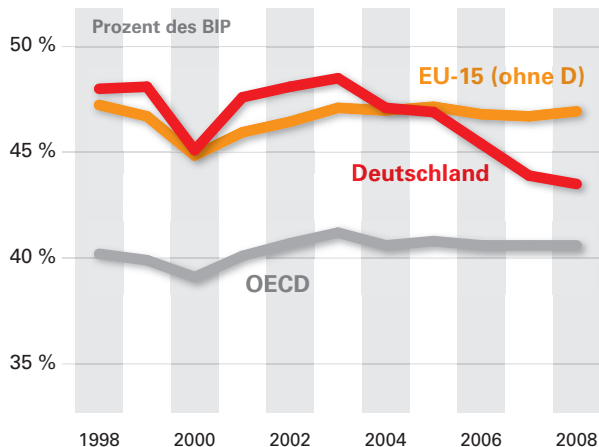
Keine notwendige Folge der Globalisierung. Der Blick auf andere Länder zeigt nach Bofingers Analyse: Die Bundesrepublik geht einen Sonderweg. Ein derartiger Steuerschwund, der zu einer „Entmachtung des Staates“ führe, sei „kein generelles, dem Druck der Globalisierung geschuldetes Phänomen“, betont der Ökonom. Sowohl in der Gruppe der OECD-Staaten als auch unter den Ländern der EU-15 blie-

Finanzpolitik: Deutschland sinkt unter westeuropäischen Schnitt

Öffentliche Einnahmen



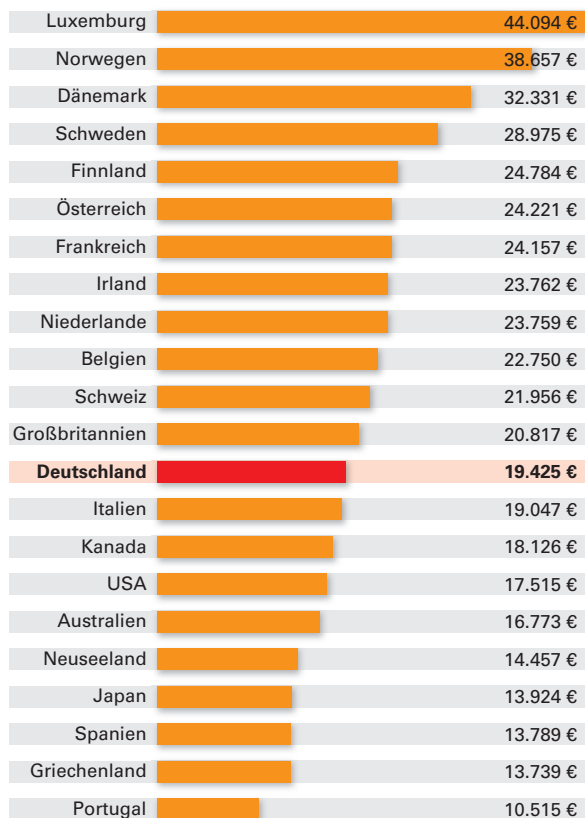
Öffentliche Ausgaben



Quelle: OECD, Berechnungen Bofinger 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

Viele Nachbarn geben mehr aus

Voraussichtliche öffentliche Ausgaben 2008 pro Kopf in ...



Quelle: IMF, OECD, Berechnungen Bofinger 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

ben Einnahmen und Ausgaben während der letzten Dekade weitgehend stabil. Anders als Deutschland hätten die Nachbarländer sogar bei den Unternehmensteuern das Aufkommen gehalten: „Das vielfach befürchtete ‘race to the bottom’ ist also ausgeblieben.“

In Deutschland sind seit Ende der 90er-Jahre nicht nur die staatlichen Einnahmen deutlich unter den Durchschnitt der EU-15 gesunken, sondern auch die öffentlichen Ausgaben. Pro Einwohner betragen sie nach Bofingers Berechnungen weniger als 20.000 Euro im Jahr. Damit liegt die Bundesrepublik heute zwischen zwei Ländergruppen. Die nord- und westeuropäischen Staaten inklusive Irland und Großbritannien geben mehr aus, die südeuropäischen Länder sowie die Vereinigten Staaten, Kanada oder Japan weniger.

Weniger Investitionen. Bei den Infrastrukturinvestitionen im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung rangiert die Bundesrepublik auf dem vorletzten Platz in der EU-27. Pro Schüler und Student geben die Deutschen weniger Geld aus als ein durchschnittlicher OECD-Staat, unter den 27 EU-Ländern landete Deutschland 2004 bei den öffentlichen Bildungsausgaben auf dem viertletzten Platz. Die Defizite in der Bildungsfinanzierung würden noch dadurch verschärft, dass der Bund bei der Föderalismusreform I seine Kompetenzen an die Länder abgegeben hat, so Bofinger. Diese Zergliederung habe „dazu geführt, dass in Deutschland keine zentrale Bildungsplanung mehr möglich ist.“

Trotz des fortschreitenden „Ressourcenentzuges“ neige die Politik weiterhin zu „populistischen Steuersenkungssprech“, schreibt der Ökonom. Sie reagiere damit auch auf

Vorurteile bei vielen Bürgern, die nach wie vor glaubten, die öffentliche Hand habe mehr als genug Geld. Ein zentrales Problem werde leicht übersehen: Mangelnde Investitionen schädigen Standort und Wettbewerbsfähigkeit. Die Folgen zeigten sich erst mit einer gewissen Verzögerung. „Doch wenn sie ins allgemeine Bewusstsein dringen, ist der kumulierte Rückstand so groß, dass er nur sehr allmählich und unter großen Anstrengungen wieder aufgeholt werden kann“, warnt Bofinger. Für eine sachlichere Debatte empfiehlt er ein „umfassendes internationales Benchmarking staatlicher Leistungen, vor allem im Bereich von wachstums- und nachhaltigkeitswirksamen Maßnahmen“ – Bildung, Wissenschaft, aber auch Familien- und Arbeitsmarktpolitik.

Risiko Föderalismusreform II. Eine Föderalismusreform mit einer größeren Steuerautonomie der Länder würde laut Bofinger die Defizite noch verschärfen. Es käme zu einem innerdeutschen Steuersenkungswettlauf und einer weiteren Schwächung der staatlichen Einnahmehasis. Der Wissenschaftler sieht zudem erhebliche Missbrauchsgefahren: Es wäre innerhalb eines Staates schwierig, den überwiegenden Aufenthalt eines Steuerpflichtigen festzustellen. „Gleichzeitig stehen öffentliche Güter, wie z.B. Universitäten, den Bürgern des ganzen Landes zur Verfügung“, schreibt Bofinger.

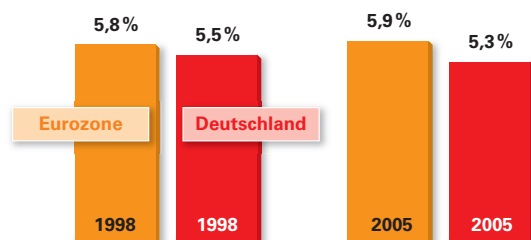
Das Vorhaben, eine „Schuldenbremse“ nach Schweizer Vorbild einzusetzen, zwingt die Bundesregierung zu einer prozyklischen Ausgabenpolitik und könne dazu führen, dass „der Bund bei gravierenden weltwirtschaftlichen Schocks nicht mehr voll handlungsfähig ist“, warnt der Ökonom. Die Befürworter sagten nicht, dass Deutschland durch die Währungsunion „bereits auf einem wichtigen Feld der Makroökonomie seine Einflussmöglichkeiten verloren hat“, so Bofinger. Ebenso wenig erwähnten sie „dass die Schuldenbremse in der Schweiz de facto außer Kraft gesetzt worden ist, als sie im Jahr 2003 erstmals mit einer stärkeren konjunkturellen Abschwächung konfrontiert wurde.“

* Quelle: Peter Bofinger: Das Jahrzehnt der Entstaatlichung, in: WSI-Mitteilungen 7/2008

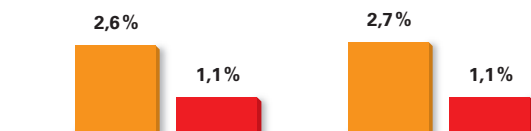
Download unter www.boecklerimpuls.de

Niedrigsteuerland Deutschland

Das Aufkommen an Steuern auf Kapital- und Vermögenseinkommen entsprach ... (% des BIP)



Das Aufkommen an Steuern auf Vermögen entsprach ...



Quelle: Europäische Kommission 2007 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

Lohnuntergrenzen in Europa steigen

20 von 27 Mitgliedsstaaten der EU haben einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn. Fünf haben die untere Lohngrenze kürzlich angehoben.

In 12 EU-Staaten waren die Mindestlöhne zum Jahreswechsel gestiegen. Zwischen März und Juli haben nun Luxemburg, Frankreich, Belgien, die Niederlande und Slowenien ihre Mindestlöhne weiter erhöht. In den westeuropäischen Euro-Ländern liegen sie jetzt über 8,30 Euro. In Großbritannien wird die Lohnuntergrenze am 1. Oktober heraufgesetzt – auf 5,73 Pfund. Da das Pfund gegenüber dem Euro aber kontinuierlich an Wert verliert, verwandelt sich die Erhöhung bei der Umrechnung in einen scheinbaren Rückgang. „Im Oktober 2007, nach der letzten Erhöhung des britischen Mindestlohnes auf 5,52 Pfund, entsprach dies noch etwas mehr als acht Euro“, sagt WSI-Experte Thorsten Schulten.

In Slowenien stieg der Mindestlohn auf 3,28 Euro. Damit bewegt sich das Lohnminimum in einem der neuen EU-Staaten auf dem Niveau der alten EU-Mitglieder in Südeuropa. In den übrigen mittel- und osteuropäischen Staaten sind die Mindestlöhne deutlich niedriger. Allerdings haben auch viele dieser Länder aufgeholt. Zudem spiegeln die Mindestlöhne zum Teil die Lebenshaltungskosten wider. Legt man Kaufkraftparitäten zugrunde, reduziert sich das Verhältnis zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Mindestlohn in der EU von 1 zu 14 auf etwa 1 zu 6.

Dänemark, Schweden und Finnland sowie Deutschland, Österreich, Italien und Zypern haben bislang keinen gesetzlichen Mindestlohn. Die meisten dieser Länder verfügten jedoch über „funktionale Äquivalente, die ihnen eine hohe Tarifbindung sichern und damit ein weitgehend funktionierendes System tarifvertraglicher Mindestlohnsicherung möglich machen“, so WSI-Forscher Schulten. Dazu zählen beispielsweise die Pflichtmitgliedschaft der meisten österreichischen Unternehmer in der Wirtschaftskammer oder Regelungen in den skandinavischen Ländern: Dort verwalten die Gewerkschaften die Arbeitslosenversicherung, was eine hohe Tarifbindung sichere. Lediglich in Deutschland gebe es keine derartigen Faktoren, so Schulten. ◀

Mindestlöhne: In Westeuropa meist über acht Euro

Gesetzliche Mindest-Stundenlöhne in der EU		Kaufkraftbereinigt**
Luxemburg	9,30€	9,01 €
Frankreich	8,71€	8,11 €
Irland	8,65€	6,93 €
Belgien	8,41€	7,92 €
Niederlande	8,33€	8,02 €
Deutschland	DGB-Forderung 7,50€	
Großbritannien	6,91€*	6,28 €
Griechenland	3,80€	4,26 €
Spanien	3,59€	3,85 €
Malta	3,55€	4,84 €
Slowenien	3,28€	4,35 €
Portugal	2,55€	2,98 €
Tschechien	1,97€	3,22 €
Polen	1,92€	3,20 €
Estland	1,61€	2,42 €
Ungarn	1,61€	2,76 €
Slowakei	1,54€	2,71 €
Litauen	1,34€	2,36 €
Lettland	1,34€	2,21 €
Rumänien	0,79€	1,39 €
Bulgarien	0,65€	1,45 €

*Im Sommer 2007 lag der britische Mindestlohn noch deutlich über 8 Euro. Im aktuellen Wert kommt die starke Abwertung des Pfundes gegenüber dem Euro zum Ausdruck. Mindestlöhne werden für Stunden oder Monate festgelegt. Die Umrechnung orientiert sich an den üblichen Wochenarbeitszeiten in den Ländern auf Basis des Wechselkurses vom 10.6.2008; ** Berechnungen auf der Basis von Kaufkraftparitäten für 2006. Quelle: WSI Mindestlohndatenbank 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

* Quelle: Thorsten Schulten, Europäischer Tarifbericht des WSI 2008/2009
Download unter www.boecklerimpuls.de

Geringverdiener

Real weniger in der Tasche als 1995

Die Arbeitseinkommen im Niedriglohnsektor haben sich im vergangenen Jahrzehnt wesentlich schlechter entwickelt als höhere Verdienste: Das untere Viertel der Arbeitnehmer verlor von 1995 bis 2006 fast 14 Prozent an Kaufkraft. In der oberen Hälfte der Einkommensverteilung nahmen die Reallöhne hingegen

leicht zu. Das geht aus Berechnungen des Instituts für Arbeit und Qualifikation (IAQ) hervor. Seit 2000 blieb die Lohnentwicklung in der untersten Gruppe nicht nur hinter den Preissteigerungen zurück: Sogar die nominalen Löhne sanken – um knapp fünf Prozent. 2006 betrug der durchschnittliche Stundenlohn

in dieser Einkommensklasse 6,90 Euro. Im höchsten Einkommensviertel legten die Nominallöhne zwischen 2000 und 2006 um gut zwölf Prozent zu. Der durchschnittliche Stundenlohn des oberen Viertels betrug 2006 damit 25,60 Euro. 1995 fielen noch 63 Prozent der Beschäftigten in den Bereich „mittlerer Einkommen“. Darunter verstehen die IAQ-For-

scher zwischen zwei und vier Dritteln des mittleren Einkommens. 2006 lagen nur noch 52 Prozent in diesem Abschnitt der Verdienstskaala. Den überwiegenden Teil der Verschiebung führt das IAQ auf die Ausweitung des Niedriglohnsektors zurück, einen kleinen Teil auf eine „moderate Zunahme“ gut bezahlter Arbeit. IAQ, August 2008

Download unter www.boecklerimpuls.de

Strategien der Klein-Gewerkschaften

Kleine, starke Berufsgewerkschaften streben danach, für ihre Mitglieder bessere Tarife herauszuholen. Eine Gefahr für das Tarifsysteem? Nein, sagen die Experten des WSI: Die Zahl dieser Gewerkschaften wird gering bleiben.

Ärztestreik, Bahnkonflikt und Postmindestlohn – Berufsgewerkschaften haben in den vergangenen Jahren große Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Weniger auffällig sind die sogenannten christlichen Gewerkschaften, doch auch sie fordern die exklusive Gültigkeit von bestehenden Tarifverträgen heraus. Welchen Effekt diese Konkurrenz zu den etablierten Arbeitnehmervertretern auf das Tarifwesen haben kann, analysieren Reinhard Bispinck und Heiner Dribbusch vom WSI.* Den Tarifexperten zufolge ist nicht damit zu rechnen, dass noch viele weitere Berufsgewerkschaften auftreten und für ihre Gruppe bessere Tarife aushandeln – dafür sind die organisatorischen Hürden zu hoch. Gefahren für das Tarifgefüge verursachen laut Bispinck und Dribbusch eher die Gewerkschaften ohne Durchsetzungskraft.

Überbietungskonkurrenz. DGB-Gewerkschaften schließen nach wie vor deutlich mehr als 80 Prozent der Tarifverträge ab. Mehrere Berufs- und Spartengewerkschaften hoffen jedoch, allein bessere Ergebnisse erzielen zu können. Die Durchsetzung eigener Tarifverträge erfordert die Fähigkeit zum Arbeitskampf, darum ist die Zahl der tariffähigen Berufsgewerkschaften tatsächlich sehr klein. „Es ist keineswegs einfach, in den kleinen Kreis der durchsetzungsfähigen Konkurrenzgewerkschaften aufzusteigen“, stellen die Forscher fest. Voraussetzungen seien eine geschlossene Berufsgruppe, ein klar umrissenes Tarifgebiet und eine handlungsfähige Organisation mit hohem Organisationsgrad. Ihre Streikfähigkeit unter Beweis gestellt haben bisher lediglich die Ärztegwerkschaft Marburger Bund, die Vereinigung Cockpit sowie die Lokführergewerkschaft GdL. Eigene Tarifverträge wurden auch der Gewerkschaft der Flugsicherung (GdF) sowie bei einzelnen Linien der Unabhängigen Flugbegleiterorganisation (UFO) für das Kabinenpersonal zugestanden. Die Berufsgewerkschaft sei keineswegs ein generelles Erfolgsmodell, erklären die Wissenschaftler. So verstünden sich die meisten der mehreren hundert Berufsverbände aus guten Gründen bisher nicht als Gewerkschaft, verzichteten auf ein tarifpolitisches Eingreifen und beschränkten sich auf Beratungs- und Lobbyarbeit.

„Mit einer Vielzahl neuer Gewerkschaften ist auf absehbare Zeit deshalb nicht zu rechnen“, prognostizieren Bispinck und Dribbusch. Die beiden Forscher werten die Aufkündigung der Solidarität gegenüber der Gesamtbelegschaft als problematisch. Aber sie stellen zugleich fest: „Das tarifpolitische Signal, das von diesen Abschlüssen ausgeht, geht nicht in Richtung Unterbietung. Die Erosion von Tarifstandards nach unten wird eher erschwert.“ Ob auf Dauer die Überbietungskonkurrenz für die betroffenen Beschäftigtengruppen tat-

sächlich zu besseren Ergebnissen führt, ist durchaus strittig, bisherige Abschlüsse zeigten keinen klaren Trend.

Unterbietungskonkurrenz: Das Unterbieten bestehender Tarifnormen durch Kleingewerkschaften ohne tarifpolitische Durchsetzungskraft schade den Beschäftigten, konstatieren die Wissenschaftler. Dazu zählen sie in erster Linie die mitgliedsorganisationen des Christlichen Gewerkschaftsbundes (CGB). Sie hätten kaum Mitglieder, aber sie profitieren davon, dass die Arbeitgeber zwar Überbietungskonkurrenz ablehnen, die Unterbietung von Tarifverträgen jedoch aktiv fördern. „Ihre Erfolge gründen in einem veränderten Verhalten vieler Arbeitgeber, die in einigen Wirtschaftszweigen und Regionen die CGB-Gewerkschaften bewusst zu anerkannten Tarifparteien gemacht haben, um bestehende tarifliche Standards zu umgehen oder zu unterlaufen“, erklären die Experten des WSI. Dies galt bisher insbesondere für das Handwerk, wo mittels der CGB-Gewerkschaften eine verdeckte Form von Tariffucht stattfindet. Andere wichtige Bereiche, in denen Unternehmen mithilfe der Konkurrenz zu den DGB-

Tarifkonkurrenz zwischen Gewerkschaften

Die beiden Formen der Konkurrenz zu den etablierten Tarifparteien

	Überbietungskonkurrenz	Unterbietungskonkurrenz
Gewerkschaftstyp	Berufsgewerkschaft	Branchengewerkschaft
Strukturelle Stärke und Mitgliederzahl	erheblich	gering
Tarifpolitische Ziele	gezielte Verbesserungen für einzelne Gruppe	Abschluss eines Tarifvertrages
Gewerkschaftliches Ziel	Mitgliederdominanz im Organisationsbereich	Anerkennung als Tarifpartei
Streikfähigkeit	notwendig	unerheblich
Verhalten der Arbeitgeber	ablehnend bis feindlich	kooperativ

Quelle: Bispinck, Dribbusch 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

Gewerkschaften schlechtere Arbeitsbedingungen oder Vergütungen durchsetzten, sind neben der Zeitarbeit die Volks- und Raiffeisenbanken sowie das Deutsche Rote Kreuz.

Bei den Postdiensten bestehe sogar der Verdacht, dass interessierte Unternehmen die nicht zum CGB gehörige Gewerkschaft der Neuen Brief- und Zustelldienste (GNBZ) gleich mitgegründet haben. Nur in der Industrie haben Konkurrenz-Gewerkschaften bislang nicht Fuß gefasst, so die Analyse. ◀

* Quelle: Reinhard Bispinck, Heiner Dribbusch: Tarifkonkurrenz der Gewerkschaften zwischen Über- und Unterbietung, in: Sozialer Fortschritt, Heft 6, Juni 2008
Download unter www.boecklerimpuls.de

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11/77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.)
Chefredaktion: Karin Rahn; **Redaktion:** Rainer Jung, Annegret Loges, Uwe Schmidt, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter
E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de; Telefon 02 11/77 78-286,
Fax 02 11/77 78-207; **Druck und Versand:** Setzkasten GmbH,
Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (Nachdruck frei bei Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter www.boecklerimpuls.de

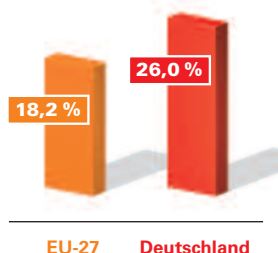
Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf
Postvertriebsstück, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, 67528

TrendTableau

ARBEITSMARKT

Viele Teilzeitstellen in Deutschland

Von allen Beschäftigten arbeiteten 2007 in Teilzeit ...

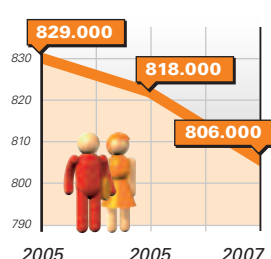


Eurostat, Juli 2008

BILDUNG

Weniger BAföG-Empfänger

Geförderte Schüler und Studenten



Statistisches Bundesamt, August 2008

GENDER

Mehrheit für Frauenförderung

Sollten gleiche Chancen am Arbeitsplatz besonders gefördert werden?

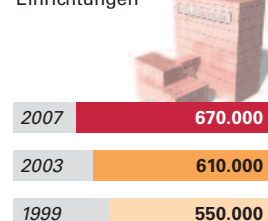


1.562 befragte Deutsche
Eurobarometer, Juli 2008

GESUNDHEIT

Immer mehr Pflege im Heim

Pflegebedürftige in stationären Einrichtungen

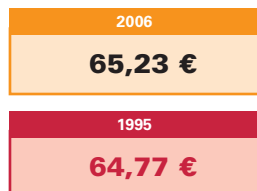


BKK Bundesverband, Juni 2008

EINKOMMEN

Abgabenlast leicht rückläufig

Netto blieben Arbeitnehmern* von 100 Euro brutto durchschnittlich

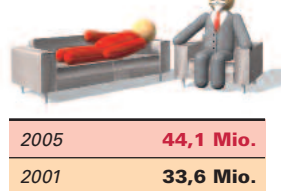


* Vollzeitbeschäftigte in Industrie, Handel, Banken, Versicherungen
Statistisches Bundesamt, Juli 2008

ARBEITSWELT

Nervliche Belastung steigt

So viele Arbeitstage fielen wegen psychischer Erkrankungen aus

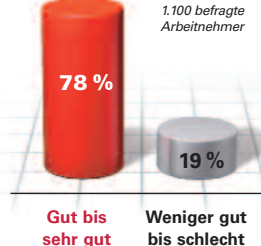


Berufsverband
Deutscher Psychologen 2008

MITBESTIMMUNG

Gute Noten für den Betriebsrat

Wie bewerten Sie die Arbeit Ihres Betriebs- oder Personalrats?

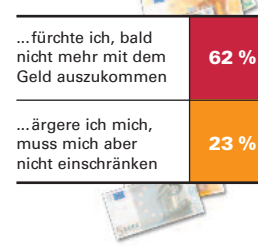


1.100 befragte Arbeitnehmer
polis+sinus für Hans-Böckler-Stiftung 2008

ZUFRIEDENHEIT

Preisanstieg macht Angst

Wegen der hohen Preissteigerungen ...



1.000 befragte Wahlberechtigte
Infratest Dimap für ARD, Juli 2008

► **GENDER:** Frauen verdienen durchschnittlich rund ein Viertel weniger als Männer. Das zeigt eine Untersuchung des Statistischen Bundesamtes. Die Gründe sind vielfältig: Frauen haben häufiger Niedriglohnjobs als Männer, rücken seltener in Führungspositionen auf und sind überdurchschnittlich oft nur teilzeitbeschäftigt. Viele Frauen arbeiten nach einer Kinderpause

weniger Wochenstunden. Und der Einkommensabstand zu den Männern steigt: In der Altersgruppe von 25 bis 29 Jahren verdienen Frauen rund zehn Prozent weniger als Männer, im Alter von 40 bis 44 ist die Differenz bereits auf über 25 Prozent angewachsen. Die Aussagen der Statistiker beziehen sich auf die Bruttostundenverdienste. Stat. Bundesamt, August 2008

► **EINKOMMEN:** Immer mehr Arbeitnehmer sind unzufrieden mit ihren Löhnen oder Gehältern. Hielten 2005 nur 26 Prozent der Beschäftigten ihren Verdienst für ungerecht, waren es 2007 bereits 35 Prozent. Stark zugenommen hat die Unzufriedenheit insbesondere bei den Normal- und Besserverdienern, wie Wissenschaftler des Deutschen Instituts für Wirtschaftsfor-

schung in Berlin (DIW) herausfanden. Die Unzufriedenheit mit der Entlohnung hat offensichtlich auch Folgen für die Arbeitsmotivation: Unzufriedene Arbeitnehmer fehlten „statistisch signifikant“ häufiger krankheitsbedingt am Arbeitsplatz als zufriedene Beschäftigte, so der Befund der Wirtschaftsforscher. DIW, Juli 2008